



Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein  
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Vorstand und Fraktion  
des Ortsvereins der SPD St. Peter-Ording  
Herrn Walter Petersen  
Zum Leuchtturm 5  
25826 St. Peter-Ording

20. März 2013

Sehr geehrter Herr Petersen, sehr geehrter Herr Hansen,

*Walter Petersen*

für Ihr Schreiben vom 20. Februar 2013, das an Ihr Schreiben vom März 2012 anknüpft, danke ich Ihnen.

Sie äußern angesichts des von der Landesregierung favorisierten Zwei-Säulen-Modells und des Auslaufens der Regionalschulen Ihre Sorge um den Bestand des neunjährigen Bildungsgangs am Nordseegymnasium und um die Zukunft der aus Gymnasium und Regionalschulteil bestehenden organisatorischen Verbindung.

Bildungsstaatssekretär Dirk Loßack hat in der letzten Zeit intensive Gespräche mit allen Gymnasien mit Regionalschulteil geführt. Ziel dieses „Bildungsdialogs“ war es, frühzeitig einen Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess vor Ort anzuregen und alle schulischen Gremien und Schulträger eng in die Frage der Weiterentwicklung der betreffenden Schulen und Standorte einzubeziehen.

Keine Entscheidung wird in dieser Frage ohne die Beteiligten getroffen. Ganz im Gegenteil, es ist dank der zahlreichen Vorgespräche gelungen, Ängste zu überwinden, Argumente abzuwägen, kritische Fragen zu beleuchten und einvernehmliche Lösungen für alle betroffenen Standorte zu finden.

Die Situation in St. Peter-Ording ist - wie an allen anderen fünf Standorten - individuell zu betrachten. Sie stellt eine große Herausforderung dar. Ich freue mich deshalb, Ihnen mitteilen zu können, dass der letzte Vor-Ort-Termin mit Staatssekretär Loßack am 14. März 2013 überaus erfolgreich verlaufen ist. Diesem Termin wohnten der Schulträger der Nordseeschule St. Peter-Ording, vertreten durch Herrn Balsmeier, die gesamte Schulleitung, alle schulischen Gremien (Personalrat, Schülervertretung, Schulleiternbeirat) sowie die oberste Schulaufsicht bei.

Einvernehmlich sprachen sich alle Beteiligten dafür aus,

1. das Nordseegymnasium (als Standortfaktor Nummer 1) zu erhalten,
2. den neunjährigen Bildungsgang beizubehalten,
3. den Regionalschulteil in einen Gemeinschaftsschulteil umzuwandeln.

Die angestrebte Lösung (G9-Gymnasium mit Gemeinschaftsschulteil) ist derzeit gesetzlich noch nicht zulässig. Das Bildungsministerium erarbeitet aber einen Schulgesetzentwurf, der genau diese Lösung ermöglichen soll. Ende Mai wird dieser Entwurf dem Kabinett, im Herbst sodann den parlamentarischen Gremien vorgelegt. Ich bin zuversichtlich, dass die gewünschte Zustimmung erfolgen und der Gesetzgeber die von uns angestrebte Lösung einrichten wird.

Ich bin davon überzeugt, dass für den Schulstandort St. Peter-Ording im Konsens die bestmögliche Lösung gefunden wurde. Das Gymnasium wird weiterhin Zugpferd für die Region sein, und das Internat wird Eltern weiterhin ein Schulsystem anbieten können, das das gesamte Spektrum der allgemeinbildenden Bildungsabschlüsse vorhält. Die Attraktivität des Standortes bleibt demnach gewahrt, Übergänge - von dem zukünftigen Gemeinschaftsschulteil zum Gymnasium, aber auch von anderen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe zum Nordseegymnasium - werden erleichtert, die Durchlässigkeit erhöht.

Es freut mich dabei besonders, dass sich alle an Schule Beteiligten einvernehmlich für diese Lösung ausgesprochen haben. Der Staatssekretär zeigte sich sehr beeindruckt von der Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen, das Zusammenwachsen der beiden Schulteile zu fördern und aus zwei Kollegien und zwei Gebäuden noch stärker eine Schule werden zu lassen. Die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Nordseeschule ist überaus groß, und alle Schwierigkeiten, die sich ergeben mögen, sind, so der Schulleiter, Herr Matthias Ramm, „bearbeitbar“. Mit diesem Ergebnis können wir alle zufrieden sein.

Den nachrichtlich von Ihnen angeschriebenen Landtagsabgeordneten habe ich dieses Schreiben zur Kenntnis gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

